

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Einiges aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorff**

**Blittersdorf, Friedrich Landolin Karl von**

**Mainz, 1849**

XII.

**urn:nbn:de:bsz:31-12544**

in ein Labyrinth von Verhandlungen zu verlieren, in fortlaufender Kenntniß von den wichtigsten Interessen und Bedürfnissen Deutschlands bleiben und man vermöchte aus dem höheren Standpunkt des Bundes überall, wo es Noth thut, vermittelnd, berichtend und beschwichtigend einzuwirken. Ein Eingriff in das Recht der freien Vereinbarung der einzelnen Bundesstaaten könnte hierin nicht gefunden werden, indem nur diejenigen Gegenstände in den Kreis der Berathungen der Bundesversammlung gezogen würden, welche den Charakter der Anwendbarkeit auf sämtliche Bundesstaaten an sich tragen und daher als wahre Bundesangelegenheiten zu betrachten sind.

Uebrigens wäre alsdann eine strengere Handhabung der Geschäftsordnung der Bundesversammlung unumgänglich nothwendig. — Es müßten eigentliche und nicht blos scheinbare Berathungen in den Commissionen und der Bundesversammlung stattfinden, die Abstimmungstermine in der Bundesversammlung eingehalten und jeder Verschleppung der Geschäfte vorgebeugt werden. Die Bundesversammlung würde sich alsdann zum Bunde, wie die Gesamtministerien zu den einzelnen Bundes-Souveränen verhalten. — Alles dies liegt in den Händen des Präsidiums der Bundesversammlung, und sowie Ew. Excellenz es ernstlich wollen, ist es mir um ein lebendiges und belebendes Eingreifen der Verhandlungen des Bundestags in die gemeinschaftlichen Angelegenheiten Deutschlands nicht hange.

Genehmigen Hochdieselben etc.

B.

---

## XII.

Frankfurt, den 27. November 1847.

Er. Excellenz dem K. K. Oesterreichischen Staatsminister  
Grafen von Münch-Bellinghausen.

Hochgeborner Graf!

Hochzuverehrender Herr Staatsminister.

Seitdem ich mir unterm 5. u. 6. d. M. die Freiheit nahm,  
Ew. Exc. meine unmaafgeblichen Ansichten über den Gang, der

in den deutschen Bundes-Angelegenheiten einzuhalten seyn dürfte, vorzulegen, hat sich Verschiedenes zugetragen, was zur Unterstützung meiner Aeußerungen dienen kann.

Das, in seinen entfernten Folgen wichtigste dieser Ereignisse ist wohl die von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich beschlossene Aufhebung der Zolllinie gegen Ungarn.

Dadurch wird in der Oesterreichischen Monarchie selbst ein Zollverein geschaffen, und bei dem großen Umfange dieser Monarchie und ihrer geographischen Lage fällt die Möglichkeit, eines auch nur partiellen Beitritts Oesterreichs zu einem fremden Zollverein, hinweg. — Die Vortheile, welche die Oesterreichische Regierung einem der Stammlande, z. B. Böhmen, durch den Anschluß an den deutschen Zollverein bieten könnte, findet dieses Land nunmehr, wo möglich in noch ausgedehnterem Maasse, in der Monarchie selbst, und es wäre einer gesunden Politik schwerlich angemessen, in dem Augenblicke, wo man die Zollschranken auf der einen Seite fallen läßt, sie auf einer andern neu aufzurichten, und sogar noch zu verstärken. Ich halte demnach die Frage für entschieden, daß Oesterreich in den industriellen und commerciellen Beziehungen seinen eignen Weg gehen, und sich in keine näheren Zollverbindungen mit dem übrigen Deutschland einlassen wird. — Hierin liegt aber, nach meiner Meinung, ein fernerer Grund, sich die politische Leitung der im übrigen Deutschland sich mehr und mehr ausbildenden commerciellen und industriellen Vereinigungen, und der Assimilations-Tendenzen in den Gegenständen der innern Gesetzgebung nicht entziehen zu lassen, somit fest darauf zu beharren, daß alle dergleichen Verhandlungen unter Mitwirkung der Bundesversammlung und Anwendung der bundesgesetzlichen Normen gepflogen werden. — Mir steht es klarer als je vor der Seele, daß wenn der K. K. Oesterreichische Hof sich nicht beeilt, der nun einmal vorhandenen und für die Regierungen unwiderstehlich gewordenen Richtung der Geister eine legale völkerrechtliche Form aufzudrücken, Deutschland unfehlbar in innere Convulsionen verfallen muß. Blicken Ew. Exc. auf das südwestliche Deutschland, erwägen Sie, welche Fortschritte der Radicalismus in der neuesten Zeit in diesen

Staaten gemacht hat, vergleichen Hochdieselben damit die Zustände der Schweiz, wie sie vor einigen Jahren gewesen sind, und wie sie sich dormalen gestaltet haben, und es kann nicht zweifelhaft seyn, welcher Zukunft wir entgegengehen, wenn nicht bald Abhülfe geschafft wird.

Wer kann und will es leugnen, daß die süddeutschen Regierungen täglich schwächer werden, daß die Partei der Neuerungsfüchtigen sich täglich verstärkt, täglich kühner und offener auftritt, so daß sie sich nicht scheut, ja sich damit brüstet, den Namen der „Radicalen“ zu führen; wem kann es verborgen seyn, welche Hoffnungen und Pläne diese Partei hegt, und welcher Mittel sie sich bedient, um zu ihrem Zwecke zu gelangen; wer möchte es in Abrede stellen, daß diese Partei nahe daran ist, sich der Regierungen selbst zu bemächtigen, und daß sie alsdann einen ganz andern und viel gefährlicheren Sonderbund bilden wird, als gegenwärtig der Zollverein ist! — Die Ursache dieser Erscheinungen kann ich nur darin finden, daß man dem deutschen Bunde lediglich eine polizeiliche Wirksamkeit angewiesen hat, und da diese durch die naturgemäße Entwicklung der Souveränität und der landständischen Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten immer mehr beschränkt und neutralisirt wurde, nicht bemüht gewesen ist, ihm eine andere zeitgemäßere Wirksamkeit anzuweisen. Allein heute noch, ich wiederhole es, kann der Wurf gethan werden, um die radicale Partei von dem Felde zu verdrängen, dessen sie sich völlig zu bemächtigen im Begriffe steht.

Möge es Oesterreich damit wagen, für Deutschland das deutsche Banner zu entfalten, nachdem es für Oesterreich das österreichische Banner aufgepflanzt hat. — Möge es für den Bund die practische Ausübung des Rechtes der Gesetzgebung in den gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands vindiciren, und es wird wahrlich keine Gefahr laufen, daß dieses Recht eine zu weite Ausdehnung erhält. — Die Souveränitätstendenzen werden sich schon geltend zu machen wissen, und als Schutz und Schirm für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten dienen.

Ich würde sogar dabei kein Bedenken finden, den Zollverein zur Bundes-Angelegenheit zu erheben und die Festsetzung des Zoll-Tarifs, sowie die Verwendung der Zoll-Erträgnisse dadurch der Landesgesetzgebung zu entziehen, daß letztere zur Unterhaltung der Bundes-Armee und Bundesfestungen, sowie zur Bestreitung anderer Bedürfnisse des Bundes bestimmt würden. — Die dem Zollvereine nicht beigetretenen Bundesstaaten müßten bei der Abstimmung über die Zollvereinsfragen allerdings ihr Votum suspendiren, könnten aber wenigstens insoferne den Zollvereinsstaaten gleichgestellt werden, als sie die Verpflichtung übernähmen, verhältnißmäßig eben so viel Revenüen, als der Zollverein per Kopf einbringe, zu den bezeichneten Bundeszwecken zu verwenden. — Ew. Excellenz werden in der neuesten Zeit verschiedene Berichte über die Umtriebe der Radicals im südwestlichen Deutschlande erhalten haben. — Diesen Umtrieben kann, nach meiner festen Ueberzeugung, auf dem polizeilichen Gebiete allein nicht wirksam begegnet werden.

Wollte man sich auf polizeiliche Gegenmaasregeln beschränken, so würde man einzelne Symptome der Krankheit für die Krankheit selbst nehmen, und wir müßten der bedauerlichsten Folgen gewärtig seyn.

Ich möchte Ew. Excellenz beschwören, das Nationalgefühl der Deutschen bei diesem Anlasse nicht zu verletzen, dasselbe vielmehr auf die rechte Weise und in der rechten Art zu Hülfe zu nehmen.

Mit den Cabinetten allein, ich wiederhole es, läßt sich die Sache nicht mehr machen. — Selbst in dem monarchischen Bayern haben die Liberalen die Oberhand gewonnen, und die bayerische Regierung wird nothgedrungen ihr Verfahren ändern müssen. — Gelänge es aber auch, diesen Staat noch eine Zeitlang außerhalb der Bewegung zu erhalten, so würden die übrigen südwestlichen Bundesstaaten um so sicherer dieser Bewegung verfallen. Die Staatsmänner dieser Staaten haben entweder die Hoffnung aufgegeben, den Strom für sich allein aufzuhalten, den sie als einen verderblichen erkennen, oder sie lassen sich, unbekümmert um die Folgen, von dem Strome treiben, oder sie klagen laut die

Unthätigkeit und Sorglosigkeit der Cabinette an, die berufen sind, den deutschen Bund zu leiten. — Dabei sind nicht zwei Regierungen, die denselben Weg gehen. — Jede sucht sich augenblicklich zu helfen, so gut als sie es vermag, und verschwendet so das Capital, von dem auch noch die Nachkommen zehren sollen. — Gleich als ob wir der innern Verwickelungen noch nicht genug hätten, scheint der neue Kurfürst von Hessen seine bisher ruhig gebliebenen Staaten gleichfalls in den Strom der Bewegung ziehen zu wollen.

Es sind dieß wiederum Früchte der zu ausschließlich genährten Souveränität der mindermächtigen Bundesstaaten, durch welche, wenn der Bund nicht als Gegengewicht dient, zuletzt nur Anarchie hervorgerufen werden kann.

Ich fürchte, man wird es, ehe lange vergeht, bitter bereuen, den Bund mit einer Geringschätzung behandelt zu haben, wie man keine politische Institution behandeln darf, deren Nothwendigkeit anerkannt werden muß. — Nehmen Ew. Excellenz den Fall, daß die Bundesversammlung neuerdings aufgerufen werden sollte, in die Geschichte Deutschlands thätig einzugreifen.

Was wollen und können Sie unter den jetzigen Verhältnissen mit derselben zur Ausführung bringen?

Wo ist der persönliche Einfluß und die im täglichen Geschäfte gestählte Thätigkeit der Bundestagsgesandten? — Wo ist das Ansehen und die Würde der Versammlung, durch die ihre Beschlüsse Eingang finden könnten? Ich mag an den Bankerot nicht denken, dem wir entgegen gehen, wenn die Bundesversammlung in schwerer Zeit zum Handeln berufen seyn sollte.

Genehmigen Hochdieselben die wiederholte Versicherung meiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

(gez.) Blittersdorff.